Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7120**

19. Wahlperiode 17.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Kassner, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Norbert Müller, Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Katrin Werner, Hubertus Zdebel, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Nationale Tourismusstrategie sozial-ökologisch gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, einen ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Ansatz in Form einer nationalen Tourismusstrategie zu vereinbaren.

Schon lange ist eine solche nationale Tourismusstrategie überfällig. Leider hat die Bundesregierung bisher keine Vorschläge vorgelegt. Eine rasche inhaltliche Ausgestaltung unter Einbindung aller föderalen Ebenen und betroffenen Akteurinnen und Akteure ist gefährdet.

Der Deutsche Bundestag betrachtet es außerdem mit Sorge, dass die Tourismusstrategie laut Koalitionsvertrag ausschließlich das wirtschaftliche Wachstum unterstützen soll. Es ist zu befürchten, dass sich die Bundesregierung unkritisch den Erfordernissen der Tourismuswirtschaft unterwirft und soziale Verbesserungen vermeidet und negative Umweltauswirkungen ignoriert. Für die im Tourismus Beschäftigten, für Menschen mit geringem Einkommen und für den sozialen Frieden besteht dringender Handlungsbedarf.

Dazu gehört die prekäre Einkommens- und Beschäftigungssituation, in der viele der fast drei Millionen im Tourismus tätigen Menschen arbeiten. Weit verbreitet sind das Saisonpendeln in die Alpen oder an die Küsten sowie Leiharbeit, Niedriglöhne oder befristete Beschäftigung. Die Folge ist, dass immer weniger junge Menschen dauerhaft in den touristischen Berufen arbeiten. So ist die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit Jahren rückläufig und die Abbruchquote hoch.

In den einzelnen Bundesländern herrscht eine beispiellose Vielfalt an unterschiedlichen Regelungen für Klassenreisen. Viele Kinder haben ihre Heimatregion aus sozialen Gründen noch nie verlassen. Oft müssen Eltern mit geringen Einkommen

sogar die Teilnahme an Klassenfahrten absagen. Schulfördervereine sind oft die einzige Chance für Teilhabe dieser Kinder.

Eine nationale Tourismusstrategie muss das Ziel der Barrierefreiheit in der gesamten touristischen Kette beinhalten, damit Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen oder geringem Einkommen reisen können. Soziale, kommunikative und bauliche Barrieren müssen ebenso beseitigt werden wie rechtliche und administrative.

Mit einer sozial gestalteten nationalen Tourismusstrategie lassen sich viele dieser Probleme lösen – die Bundesregierung darf deswegen den Diskussionsprozess für ihre Ausgestaltung nicht länger aufschieben. Eine Tourismusstrategie ohne Beachtung der Umweltsituation, ohne Förderung des Umweltbewusstseins, ignoriert in Angesicht von Klimawandel, Verlust der Biodiversität und Zersiedlung der Landschaften wichtige Zukunftsfragen

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, schnellstmöglich einen Vorschlag für eine sozial-ökologisch gestaltete nationale Tourismusstrategie zu unterbreiten, die

1. Kinder- und Jugendreisen, Reisen für Familien mit Kindern und barrierefreies Reisen unter dem Aspekt des umweltfreundlichen „Reisen für Alle“ organisatorisch und finanziell unterstützt;
2. bundeseinheitliche Kriterien für etwaige Kindergartenabschlussfahrten und Schulfahrten beinhaltet sowie einen Umsetzungsplan enthält, der es Kindern aus einkommensschwachen Familien unbürokratisch ermöglicht, an Klassen- und Schulabschlussfahrten teilzunehmen;
3. mit Blick auf den Fachkräftemangel in der Tourismuswirtschaft einen Umsetzungsplan für gute, existenzsichernde Arbeit im Tourismus enthält. Hierzu ist sofort der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro pro Stunde zu erhöhen und die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung zu verbieten, sowie Leiharbeit kurzfristig strikt zu begrenzen und langfristig zu verbieten und
4. mit Blick auf die Umweltwirkung des Tourismus eine Strategie für mehr Umweltschutz und weniger Fläschenverbrauch in der Tourismus-Branche zu entwickeln.

Berlin, den 15. Januar 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.